

## K-05

### Beschluss

#### Überweisung an die Landtagfraktion

### Klimaschutz als pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe der Kommunen

1. Die NRW-SPD wirkt in ihrer nächsten Regierungsbeteiligung darauf hin, die pflichtigen Selbstverwaltungsaufgaben der Kommunen um den Faktor Klimaschutz sowie Klimaanpassung zu erweitern. Bis dahin fordert der Landesparteitag die oppositionelle SPD-Fraktion im Landtag auf, einen entsprechenden Antrag einzubringen.

Konkret bedeutet die Erweiterung um den Faktor Klimaschutz und Klimaanpassung bei den pflichtigen Selbstverwaltungsaufgaben unter anderem folgendes:

- Die Einbeziehung von Klimaschutz und Klimaanpassung als Ziele von überragendem öffentlichen Interesse in alle kommunalen Aufgabenfeldern.
- Die Erstellung und Umsetzung von Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzepten als Handlungsgrundlage für alle Städte und Gemeinden
- Die Planung und Umsetzung konkreter Maßnahmen für treibhausgasneutrale und klimaangepasste kommunale Gebäude und Verwaltungen in allen Städten und Gemeinden.
- Die Gewährleistung einer langfristigen, fächendeckenden und geschäftsbereichsübergreifenden Personalausstattung für Klimaschutz und Klimaanpassung in allen Kommunen.
- Die Bereitstellung von genügend finanziellen Mitteln seitens des Landes, um Aufgaben und Projekte wie die kommunale Wärmeplanung, Personal (z.B. Klimawandelmanger\*innen) und die Transformation ausreichend finanzieren zu können.